

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die Qualität unserer Bildungseinrichtungen und der Schulen im Besonderen sorgt immer wieder für öffentliche Diskussionen. Erst in diesen Wochen haben wieder Studierende und Schülerinnen und Schüler mit bundesweiten Protestaktionen auf Probleme aufmerksam gemacht. Und sie haben recht damit. Allerdings reicht es auch nicht, nur nach dem Staat zu rufen.

Bildung ist ein Thema, dem alle gesellschaftlichen Kräfte eine hohe Priorität geben müssen. Nicht zuletzt von der Leistungsbereitschaft der Schülerinnen und Schüler sowie vom Engagement der Lehrkräfte und der Eltern wird es abhängen, was in der Bildung erreicht werden kann. In diesem Sinne wollen wir den Schulen mehr Eigenverantwortung übertragen, denn ich bin überzeugt davon, dass wir damit neue Freiräume schaffen für die eigentliche Arbeit - das Unterrichten und Erziehen. Das entscheidende Signal aber ist: Wir vertrauen unseren Schulen, wir vertrauen der Kompetenz und dem Engagement unserer Lehrkräfte.

Deshalb werden wir die Schulen von einem Übermaß an Vorschriften und Verwaltungsaufwand entlasten:

- Der Schul-TÜV wird abgeschafft. Die für 2009 bereits mit den Schulen vereinbarten EVIT-Besuche können auf freiwilliger Basis nach Zustimmung durch den Schulleiter wie geplant stattfinden. Alle übrigen und die für 2010 bereits vorgesehenen EVIT-Besuche entfallen.
- Klassenwiederholungen sollen künftig möglichst vermieden werden, aber es wird keine starren Vorgaben zur Regelversetzung mehr geben.
- Die prophylaktischen Prüfungen zum Hauptschul- und Realschulabschluss werden wieder abgeschafft. Für Schülerinnen und Schüler, die das Gymnasium nach der Sekundarstufe I verlassen, wird wieder die Anerkennungsregelung gelten.

Durch mehr eigenverantwortliche Gestaltungsmöglichkeiten sollen die Schulen in die Lage versetzt werden, besser auf die Voraussetzungen ihrer Schüler eingehen zu können.

- Die Grundschulen sollen selbst entscheiden können, ob im 1. und 2. Jahrgang Unterricht in Jahrgangsklassen oder jahrgangsübergreifender Unterricht der geeignetere Weg ist. Mir geht es darum, dass die Schulen den Erfahrungen der Lehrerkollegien und der Elternschaft vor Ort Rechnung tragen können.

- Im Rahmen eines Modellversuchs soll für fünfjährige Kinder an einer Reihe von Grundschulen oder Kindertageseinrichtungen ein vorschulisches Förderangebot erprobt werden. Dieses Modellprojekt soll speziell auf Standorte in einem schwierigen sozialen Umfeld ausgerichtet sein und darauf abzielen, sozial benachteiligten Kindern bessere Voraussetzungen für den erfolgreichen Schulbesuch zu ermöglichen.

Für die Gemeinschafts- und Regionalschulen werden wir die Möglichkeiten der Schulgestaltung erweitern und die bisher starren Vorgaben öffnen.

- So sollen zum Beispiel kleine Regionalschulen, die die vorgegebene Trennung von Hauptschul- und Realschulzweig nicht umsetzen können, die Möglichkeit erhalten, in stärkerem Maße binnendifferenziert zu unterrichten.
- Gemeinschaftsschulen hingegen müssen sich nicht mehr wie bisher auf das binnendifferenzierte Unterrichtsmodell fixieren. Sie werden künftig auch abschlussbezogene Jahrgangsklassen einrichten können oder andere Formen der äußeren Differenzierung.

Weil Gemeinschaftsschulen mittlerweile in einigen Teilen des Landes neben den Gymnasien die einzige weiterführende Schulart sind, sollen auch sie den Status „örtlich zuständige Schule“ erhalten.

Es ist unser Ziel, dass alle Kinder und Jugendlichen in der Schule ihre Begabungen und Stärken entfalten können.

- Die Arbeitsbelastung der Schüler in der verkürzten Gymnasialzeit darf nicht ausufern. Deshalb werden wir prüfen, wie „G8“ für die Schüler erträglicher gestaltet werden kann. Außerdem sollen die Gymnasien künftig selbst darüber entscheiden können, ob sie den achtjährigen Bildungsgang oder den neunjährigen Bildungsgang oder ein kombiniertes System anbieten wollen. Allerdings werden wir aufgrund des notwendigen Gesetzgebungsverfahrens die Neuregelung frühestens im Herbst 2010 verabschieden können. Das bedeutet, dass die ersten G9-Jahrgänge zum Schuljahr 2011/12 starten können.
- Zudem wollen wir die gymnasiale Oberstufe wieder schülergerechter gestalten. Wir wollen den Schülerinnen und Schülern dabei mehr Wahlmöglichkeiten einräumen und ihre Arbeitsbelastung in der Oberstufe verringern.

Ein differenziertes Schulangebot ist die angemessene Grundlage individueller Förderung.

- Individuelle Förderung heißt für mich auch immer: Förderung hochbegabter Kinder, denn jedes Kind hat ein Recht darauf, seinen Begabungen entsprechend gefördert zu werden. Ein Weg, die Hochbegabtenförderung an schleswig-holsteinischen Schulen zu verbessern, sind nach meiner Ansicht „Hochbegabtenklassen“. Außerdem haben wir mit unserem Koalitionspartner vereinbart, ein Kompetenzzentrum zur Hochbegabtenförderung einzurichten.
- Schülerinnen und Schüler mit Behinderung haben einen besonderen Förderbedarf. Sie sollen nach Möglichkeit in die Regelschulen integriert werden. Daneben aber wollen wir für diese Schüler auch Unterricht in Förderzentren, speziellen Schulen oder besonderen Lerngruppen an Regelschulen ermöglichen, zum Beispiel wenn Eltern dies wünschen.

Noch eine Bemerkung zum Thema „Lehrerstellen und Unterrichtsversorgung“: Erst kürzlich hatte der Landesrechnungshof da deutliche Forderungen an die Landesregierung gestellt.

Um es ganz klar zu sagen: Ich halte eine Bildungspolitik, die sich ausschließlich an fiskalischen und wirtschaftlichen Parametern orientiert für verfehlt. Gute Bildung ist ohne angemessene Personalausstattung nicht möglich. Ich teile auch nicht die Ansicht des Landesrechnungshofes, die neuen Schularten könnten auf die Personalressourcen aus dem Demografiegewinn verzichten. Ich bin im Gegenteil davon überzeugt, dass sie das Ziel, eine heterogen zusammengesetzte Schülerschaft ausreichend zu fördern, ohne diese Ressourcen kaum erreichen können. Genauso wenig sollten wir aus ökonomischen Gründen das für die Grundschulen bewährte Prinzip „kurze Beine, kurze Wege“ aufgeben.

Andererseits ist bei massiv sinkenden Schülerzahlen ein Personalabbau natürlich geboten und finanzpolitisch notwendig. Deshalb haben wir uns mit dem Koalitionspartner darauf verständigt, dass in der Haushaltsstrukturkommission im kommenden Jahr Vereinbarungen über einen Personalabbau bis 2020 getroffen werden.

Aber wir müssen den Schulen auch Luft zum Atmen lassen. Deshalb ist es mein Ziel, dass wir eine Reduzierung der Lehrerstellen nicht parallel zum einsetzenden Schülerrückgang vornehmen, sondern in einer Art und Weise, die genügend Spielraum für eine gute Unterrichtsversorgung ermöglicht.

Nach den massiven Umstrukturierungen unserer Schullandschaft brauchen die Schulen Zeit und Ruhe, um vernünftig arbeiten zu können. Diese Zeit wollen wir allen

Beteiligten lassen. Deshalb werden wir Veränderungen auch im Interesse der Schülerinnen und Schüler und der Schulträger gezielt und behutsam vornehmen. Wir müssen eine Balance finden zwischen dem berechtigten Anspruch auf verlässliche Rahmenbedingungen und der Notwendigkeit zu Korrekturen.

Es ist mir dabei ein wichtiges Anliegen, dass wir diesen Prozess gemeinsam gestalten. Deshalb bitte ich Sie: Mischen Sie sich ein. Gehen Sie den Weg mit uns gemeinsam. Umso mehr können wir alle für die Schulen und die Bildung unserer Kinder erreichen.

Ihr

Ekkehard Klug  
Minister für Bildung und Kultur  
des Landes Schleswig-Holstein